

BEIRAT HEMELINGEN

Niederschrift über die öffentliche Beiratssitzung

Sitzungstag: 03.04.2008	Sitzungsbeginn: 19:30 Uhr	Sitzungsende: 20:45 Uhr	Sitzungsort: Gemeinde „Des Guten Hirten“ Kirchensaal
----------------------------	------------------------------	----------------------------	---

Anwesend waren:

Vom Ortsamt:

Herr Ullrich Höft	Vorsitzender
Herr Theodor Dorer	Schriftführer

Vom Beirat:

Herr Gerhard Arndt	Frau Christa Nalazek
Frau Ruken Aytas	Herr Christian Rengstorf
Herr Ralf Bohr	Herr Peter Riedel
Frau Hannelore Freudenthal	Frau Anke Ritter
Herr Andreas Hipp	Frau Sieglinde Rosenthal
Herr Heinz Hoffhenke	Herr Matthias Roßberg
Herr Kai Hofmann	Frau Karin Schnakenberg
Frau Melanie Kennard	Herr Ingo Tebje
Frau Christa Komar	

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung, begrüßte die Erschienenen und stellte fest, dass die Einladung frist- und formgerecht dem Beirat zugegangen ist.

Tagesordnung:

1. Zukunft des Werkes Bremen der DB Fahrzeuginstandhaltung GmbH
(AW Sebaldsbrück)
Eingeladen hierzu: Andreas Brandt, Betriebsratsvorsitzender,
Dr. Heiner Heseler, Staatsrat beim Senator für Wirtschaft und Häfen
Peter Nowak, stellvertretender Gesamtbetriebsratsvorsitzender
2. Verschiedenes

TOP 1:

Zukunft des Werkes Bremen der DB Fahrzeuginstandhaltung GmbH

Der Betriebsratsvorsitzende Andreas Brandt erläutert die derzeitige Situation und Zukunftsaussichten für das Eisenbahnausbesserungswerk Sebaldsbrück. Die Deutsche Bahn Fahrzeuginstandhaltung GmbH umfasst insgesamt 12 Werke, im Werk Bremen erfolgt die Dieselmotorinstandhaltung und Lokomotivenwartung. Am 07.03.2008 erfolgte die Vergabeentscheidung im S-Bahn Verkehr zugunsten der Nordwest-Bahn. Am 12.03.2008 erfolgte dann die Vorstandsentscheidung der Deutschen Bahn über einen Investitionsstopp, der auf längere Sicht die Werksschließung in Sebaldsbrück zur Folge hat. Das 2001 erarbeitete Instandhaltungskonzept soll weiterhin umgesetzt werden, das Werk Sebaldsbrück wird aber zukünftig kein Investitionsstandort mehr sein. Man werde dort wo man nicht gewollt ist seine geschäftlichen Interessen nicht weiter entwickeln. Dies bedeutet langfristig die Verlagerung der Auslauffertigung, Personalsabbau und Wegfall von Ausbildungsplätzen. Die Mittelfristplanung bis 2012 wird unter Einbeziehung von Rationalisierungseffekten neu aufgestellt.

Herr Nowak vom Gesamtbetriebsrat erklärt anschließend, dass die DB Fahrzeuginstandhaltung GmbH mit ihren 16 Standorten ausgelastet ist und im Betriebsergebnis schwarze Zahlen schreibt. Im Werk Sebaldsbrück werden ca. 5 bis 10 % der Aufträge für dritte Auftraggeber abgewickelt, der Investitionsbedarf der nächsten Jahre liegt bei ca. 10 Mio. Euro. Da die erzielten Gewinne des Werkes an den Konzern abgeführt werden müssen, können die notwendigen Investitionen nicht aus dem Betriebsergebnis finanziert werden. Die Instandhaltungsstrecke für Dieselmotoren kann ohne Investitionen nur einen Teil der Arbeitsplätze mittelfristig sichern. Die für den Fortbestand des Werkes Sebaldsbrück maßgeblichen Entscheidungen werden in den nächsten 6 Monaten getroffen, die Mitarbeiter hoffen auf die nötige politische Unterstützung ihrer Interessen.

Herr Dr. Heseler führt aus, dass der Vergabeentscheidung zu 90 % der Preis und zu 10 % die angebotene Qualität zugrunde lag, wobei der Angebotspreis zu hoch gewichtet wurde. Die Ausschreibung für den Schienenverkehr erfolgte seinerzeit durch den Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa, eine Absprache im Senat erfolgte nicht. Die beteiligten Wettbewerber haben dieses Verhältnis nie bemängelt. Das eingeleitete Verfahren kann jetzt nicht mehr unterbrochen werden, die zuständige Behörde wartet die Verfahrensrüge der Deutschen Bahn ab. Eine Handlungsalternative gibt es nicht, zwischen der Vergabeentscheidung und dem vorgesehenen Investitionsstopp besteht kein unmittelbarer, wohl aber ein indirekter Zusammenhang. Es gibt auch auf anderen Gebieten Abhängigkeiten zwischen der Deutschen Bahn und Bremen, insbesondere beim Hafen- und den damit verbundenen Bahnnetzausbau. Eine mögliche Unterstützung der Bahn durch Bremen kann auch in diesen Geschäftsfeldern erfolgen.

Herr Rossberg fragt, ob in der zuständigen Deputation die Ausschreibung erörtert worden ist.

Herr Pohlmann erklärt, dass die Deputierten nur Berichte der Verwaltung erhalten haben, innerhalb der Deputation gab es aber keine Abstimmung. Dieses Verfahren soll sich so nicht wiederholen. Es geht bei der Gewichtung der Ausschreibungskriterien nicht nur um den Preis, sondern auch um die Wirtschaftlichkeit, es müssen also noch mehr Faktoren berücksichtigt werden.

Herr Möhle von den GRÜNEN weist darauf hin, dass die zugrunde liegende Ausschreibung während der großen Koalition erfolgt ist. Es ist unanständig, ein verlorenes Verfahren mit Drohungen zu beantworten. Er bekennt sich für sich und seine Partei zum Werk und den Beschäftigten. Die Deutsche Bahn muss aber mehr tun, um Ausschreibungen zu gewinnen und Marktchancen nicht zu verspielen.

Herr Möllenstedt von der FDP spricht sich für den Erhalt des Werkes aus, verweist aber darauf, dass das Verfahren ordnungsgemäß abgelaufen ist. Er fordert für zukünftige Verfahren die Beteiligung von Parlament und Senat. Weiterhin soll der Deutschen Bahn deutlich gemacht werden, dass die Bundesländer nicht erpressbar sind.

Herr Frey von der LINKEN erklärt das Verfahren für inhaltlich in Ordnung, spricht sich aber gegen die Instrumentalisierung der Beschäftigten aus. Für ihn ist die Verknüpfung zwischen der Ausschreibung einerseits und der Bahnentscheidung andererseits zu undeutlich.

Herr Nowak begrüßt die Einschätzungen seiner Vorredner zur DB-Vorstandsentscheidung. Seiner Meinung nach war die Ausschreibung so definiert, dass die Deutsche Bahn nicht zum Zuge kommen konnte. Der Landessgeschäftsführer der Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen (LNVG) hat Gerüchten zufolge einen Beratervertrag mit der Muttergesellschaft der Nordwest Bahn, gleichzeitig war die LNVG Trägerin des Ausschreibungsverfahrens.

Frau Schäfer von den GRÜNEN weist darauf hin, dass es nicht gelingen wird, bei Ausschreibungen mögliche Folgeeffekte der Auswahlentscheidung völlig auszuschließen. Die in der Ausschreibung geforderten Qualitätskriterien wurden von der Bahn nicht gut erfüllt.

Herr Hipp vertritt die Auffassung, dass die Diskussion über die bereits erfolgte Ausschreibung in der Sache nicht weiter bringt. Die Deputation hat die Verwaltung nicht im erforderlichen Umfang kontrolliert, die CDU unterstützt die Belegschaft in ihren Forderungen.

Herr Brandt weist auf die Verknüpfung zwischen dem nicht aufzuhaltenden Strukturwandel und den dadurch bedingten Investitionen hin. Der Standort Bremen ist innerhalb des Konzerns ein Wackelkandidat, es gibt keine langfristigen Produktionslinien. Die vorhandenen Planungen sind durch den Investitionsstop unterbrochen.

Herr Dennhardt von der SPD wünscht sich, dass die beiden beteiligten öffentlichen Partner anders als nur nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen miteinander umgehen. Wenn Recht zu gesellschaftlich nicht akzeptablen Ergebnissen führt, muss das Recht nach seiner Meinung überdacht werden.

Herr Dr. Heseler weist darauf hin, dass die Ausschreibungskriterien nicht umgangen werden können, sie sollten bei Aufstellung aber genauer geprüft werden.

Herr Höft erklärt, dass das Bremer Werk zu den 10 größten lokalen Arbeitgebern gehört, wobei die meisten Mitarbeiter und deren Familien im Stadtteil Hemelingen

wohnen. Er appelliert an die Verantwortlichen zur Lösung der anstehenden Probleme alles zu tun, was möglich ist.

Frau Rosenthal stellt die sozialen Fragen in den Vordergrund, weist auf die betroffenen Familien hin und erklärt ihre Empörung über den Erpressungsversuch der Deutschen Bahn. Diese setzt Firmenpolitik auf Kosten der Mitarbeiter durch und benutzt die Beschäftigten als sozialen Spielball. Der Senat soll den Standort durch ein zukunftsfähiges Standortkonzept stärken und die Mitarbeiter bei ihrem Kampf um die Arbeitsplätze unterstützen.

Frau Kennard weist darauf hin, dass die Ausschreibung nicht Beiratssache ist, der Stadtteil und damit der Beirat aber durch die Folgeentscheidungen betroffen sind. Sie bedauert, dass die Deutsche Bahn auf der Beiratssitzung nicht vertreten ist.

Herr Tebje erklärt, dass das der Ausschreibung zugrundeliegende Europarecht von allen Beteiligten gestaltet wurde.

Herr Brandt verweist auf die unterschiedlichen Beschäftigungsverhältnisse und die damit verbundenen Löhne sowie die unterschiedliche Wirtschaftlichkeit im Konzern.

Herr Rossberg verliest die anliegende Resolution der SPD-Beiratsfraktion, welche einstimmig angenommen wird.

TOP 2: Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, beendet der Vorsitzende um 20:45 Uhr die Beiratssitzung.

Gez. Höft
Vorsitzender

Gez. Kennard
Sprecherin

Gez. Dorer
Schriftführer



Bremen, 3. April 2008

Antrag der SPD für eine
Resolution des Beirates am 3. April 2008

Das Eisenbahn-Instandhaltungswerk Bremen-Sebaldsbrück muss erhalten bleiben!

Ein Verlust des Werkes und seiner Arbeitsplätze hätte für den Ortsteil Sebaldsbrück, den Stadtteil Hemelingen und die gesamte Region eine katastrophale Wirkung. Gerade einen Stadtteil, der einen überproportionalen Anteil von Arbeitslosen und Hilfebedürftigen aufweist, würde der Verlust von vielen Arbeitsplätzen (fast 550) schwer treffen.

Die Kolleginnen und Kollegen des Werkes dürfen nicht zwischen den Mühlsteinen von einzelnen Interessen zerrieben werden!

Der Beirat Hemelingen erwartet von den Entscheidungsträgern, dass sie sich ihrer Verantwortung für den Standort Bremen-Sebaldsbrück bewusst sind.

Der Beirat Hemelingen fordert den Senat der Freien Hansestadt Bremen sowie die Bremische Bürgerschaft auf:

- Setzen Sie sich weiterhin für den Erhalt des Eisenbahn-Instandhaltungswerkes Sebaldsbrück ein
- Sorgen Sie dafür, dass in Bremen weiterhin eine qualifizierte Motoren-Instandhaltung betrieben wird
- Sichern Sie den Erhalt der Radsatz-Fertigung
- Entwickeln Sie mit der Deutschen Bahn ein tragfähiges Standortsicherungskonzept,
 - das gewährleistet, dass der Betrieb zukunftsfähig bleibt
 - das bewährte Techniken erhält und weiterentwickelt
 - das in neue Techniken investiert
 - das die vorhandenen Arbeitsplätze sichert und die Kollegen langfristig schützt
 - das weiterhin jungen Menschen eine qualifizierte Ausbildung verschafft
 - das Auszubildenden eine Chance auf einen sicheren Arbeitsplatz bietet